

Schulen im Test

Am 24. und 25. Juni fand am WZB ein internationaler Workshop zum Thema „Changing Educational Accountability“ statt. Die Veranstaltung, die von Jutta Allmendinger (Präsidentin des WZB) und Paola Mattei (Gastwissenschaftlerin am WZB) organisiert wurde, brachte Bildungsexperten aus dem In- und Ausland zusammen.

Mehr Verantwortung für einzelne Schulen, flächendeckende Schulleistungstests, Sanktionen für Schulen, die bei Tests schlecht abschneiden, Gutschein-Programme, die Schülern von Schulen in sozial schwachen Gegenden die Möglichkeit geben sollen, mittels staatlich finanzierter Gutscheine (vouchers) auf eine Schule ihrer Wahl zu wechseln – das sind nur einige der Strategien, die in der Forschung mit dem Begriff „Accountability“ zusammengefasst werden. Die Idee der Accountability wird schon seit langem in den USA und Großbritannien umgesetzt. Dort erfolgt die bildungspolitische Steuerung hauptsächlich über nationale, regionale sowie kommunale Standards und Tests. Seit einigen Jahren nutzen auch Dänemark und Schweden verstärkt diese Instrumente. Auch in Deutschland erhofft man sich durch die Einführung von Bildungsstandards und Schulleistungsevaluation Impulse für die Qualitätssicherung und -entwicklung an Schulen.

Ziel der Konferenz war es, die Erfahrungen von Ländern, die die Idee der Accountability schon seit langem umsetzen, zusammenzuführen und für die deutsche Diskussion fruchtbar zu machen. Im Vordergrund stand vor allem die Frage, zu welchen beabsichtigten und unbeabsichtigten Konsequenzen die neuen Formen der Qualitätssicherung und Verantwortlichkeit im Bereich der Schul- und Hochschulorganisation führen.

Über die Erfahrungen in den USA und in Großbritannien berichteten Daniel Koretz (Harvard University, USA) und Anne West (London School of Economics, Großbritannien). Beide konnten zeigen, dass die permanente Evaluation von Schulen zu einer exzessiven Überprüfung der Schülerleistungen geführt hat. Brisant stellt sich die Situation in den USA dar, wo laut Koretz die neuen Formen der Qualitätssicherung eine regelrechte Inflation von Testergebnissen nach sich gezogen hat. Einzelne Schulen, die ein schlechtes Testergebnis hatten, wurden geschlossen. Das heißt: Das übermäßige Testen hat nicht zu einer tatsächlichen Verbesserung der Schülerleistung und damit zu einer Erhöhung der Qualität von Schulen geführt. Vielmehr hat sich die Gefahr von Bildungsungleichheiten vergrößert: Um bessere Testergebnisse zu erzielen, wurden nicht die leistungsschwachen,

sondern leistungsstärkere Schüler gefördert, wie die Forscher nachweisen konnten.

Diese Befunde wurden von Anne West auch für den englischen Kontext bestätigt. Dort hatte in den 1980er Jahren die Thatcher-Regierung ein Programm vorgelegt, das radikale und umfassende Neuerungen im Schulsystem einführte: Schulwahl durch die Eltern, einen nationalen Lehrplan, Veröffentlichungen der Leistungen in Schulliga-Tabellen (naming and shaming) und ein System zur Qualitätskontrolle. Neben der gezielten ungleichen Förderung leistungsschwacher und leistungsstarker Schüler zeigt sich am englischen Beispiel auch, dass Bildungsstandards an einzelnen Schulen gesenkt werden, wenn dies besseren Testergebnissen dient. So erhalten heute immer mehr Schulabgänger eine Hochschulzugangsberechtigung, ohne dass sich die Leistungen der Schüler tatsächlich verbessert haben.

Über die Auswirkungen neuer Formen von Qualitätssicherung auf der politischen Ebene referierte Bénédicte Robert (Université Paris, Frankreich). Sie untersuchte die Umsetzung des Programms „No Child Left Behind“, wonach alle Schulkinder in den USA jährlich an standardisierten Vergleichsarbeiten in den Bereichen Lesen und Mathematik teilnehmen müssen. Am Beispiel Chicagos konnte sie zeigen, dass dies nicht mit der beabsichtigten erweiterten Autonomie der Schulen einherging, sondern vielmehr die Befugnisse kommunaler Politiker und Manager in der Verwaltung stärkte. Die Formulierung von Bildungsstandards läuft so Gefahr, nicht pädagogischen Standards zu entsprechen, sondern vielmehr den Effizienzkriterien der lokalen Administration und Wirtschaft sowie politischen Interessen zu unterliegen.

Keine Auswirkungen neuer Formen der Qualitätssicherung sind nach Giliberto Capano (Università di Bologna, Italien) in der italienischen Hochschullandschaft zu beobachten. Im Rahmen des Bologna-Prozesses wurden zwar Bildungsstandards für die Hochschulen formuliert, und seit einigen Jahren werden die Universitäten auch diesbezüglich evaluiert. Im Gegensatz zum angloamerikanischen Kontext sind die Ergebnisse der Evaluation jedoch nicht Bestandteil von Finanzierungs- und Steuerungspolitik. Dies hat zur Folge, dass die Testergebnisse weder öffentlich gemacht werden noch mit spezifischen Konsequenzen verbunden sind. Eine Qualitätssicherung findet daher nicht statt.

Alles in allem zeigte der Workshop, dass mit dem Steuerungsinstrument der „Educational Accountability“ Chancen und Risiken verknüpft sind. Für die deutsche Debatte ist es

daher notwendig, insbesondere die im Rahmen der Konferenz erörterten unerwünschten Folgen bei künftigen Bildungsreformen zu berücksichtigen.

Die zitierten Vorträge sowie alle weiteren Beiträge des Workshops sind zu finden unter:

www.wzb.eu/aktuell/educational_accountability.de.htm

Kathrin Leuze und Rita Nikolai

Wissenschaftsunternehmer

Unter dem Titel „Wissen schafft Unternehmer? Chancen und Grenzen von Ausgründern und Ausgründungen aus der Wissenschaft“ fand am 9. Juni im WZB ein Workshop zu Problemen, Möglichkeiten und Voraussetzungen der wirtschaftlichen Verwertung von wissenschaftlichen Erkenntnissen statt. Dabei wurden die Ergebnisse des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsprojekts „Wissenschaftsunternehmer: Typus, Merkmale und Erfolgsbedingungen eines akademischen Grenzgängers“ der von Dagmar Simon kommissarisch geleiteten Forschungsgruppe „Wissenschaftspolitik“ mit Teilnehmern und Teilnehmerinnen aus Wissenschaft, Politik und Praxis diskutiert.

Wissenschaftsunternehmer sind ein seltenes Phänomen zwischen und in den komplexen Welten der Wissenschaft und Wirtschaft. Ausgründungen aus der Wissenschaft benötigen spezifische Akteure und Organisationen, die diese Transferleistung aus den universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in wirtschaftliche Verwertungen organisieren, steuern und realisieren. Ziel des Workshops war, die Chancen und Grenzen für Ausgründer und Ausgründungen aus zwei Blickrichtungen zu untersuchen.

Marc Torka (WZB) erläuterte die Schwierigkeiten der Akteure, die Berufsrollen des Wissenschaftlers und des Unternehmers in ein Berufsbild als Wissenschaftsunternehmer zu integrieren. Empirisch ließe sich eine Polarisierung von beiden Rollen feststellen, die zu einer klaren berufsbiographischen Entscheidung zwischen Wissenschaft oder Unternehmen dränge. Ausgründer mit einer gesicherten Karriere in der Wissenschaft blieben in der Regel in der Wissenschaft und behielten im Unternehmen eine beratende Position. Dagegen wechselten vor allem Ausgründer mit ungesicherten wissenschaftlichen Karrieren in die Wirtschaft. Ein Doppelengagement in Wissenschaft und Unternehmen bleibe hingegen meistens auf Übergangsphasen begrenzt. Damit der Wis-

senschaftsunternehmer die Vermittlungsleistung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft vollbringen könne, bedürfe es eines Berufs, der auf einer adäquaten Wissensbasis ausgebildet und von einem spezifischen Sozialisationsprozess begleitet werde.

Martin Meyer (University of Sussex, SPRU) bestätigte diese Befunde einer weitreichenden Rollentrennung auf der Basis einer vergleichenden Untersuchung der Ausgründungsaktivitäten von vier britischen Universitäten (Cambridge, Oxford, Sussex, Surrey). Ein wechselseitiges Verständnis der unterschiedlichen Rollen, Aufgaben und Kompetenzen von Wissenschaftlern und Unternehmern könne sogar als eine Erfolgsbedingung für Ausgründungen gesehen werden. Hierdurch würden Rollenkonflikte vermieden und langfristig einem Gründungsklima der Boden bereitet.

Aus der Sicht von zwei Ausgründern stellte sich eine solche Rollentrennung als praktisches Problem dar. Niels Fertig (Nanion Technologies, München) unterstrich, dass zwar eine klare Entscheidung für das Unternehmen wichtig sei und damit auch ökonomische Relevanzen im Zentrum stünden. Aber auch dann müssten unterschiedliche Bezüge zur Wissenschaftler- oder Unternehmerrolle koordiniert werden. Die Klärung der jeweiligen Berufsrolle bedürfe einer Ergänzung und Unterstützung durch Organisation.

Andreas Knie (WZB) legte am Beispiel der Ausgründung „Choice“ die Möglichkeiten einer fruchtbaren Kombination von wissenschaftlicher Forschung und unternehmerischer Verwertung und die damit verbundenen praktischen und institutionellen Schwierigkeiten dar. Aus „Realexperimenten“ ließen sich wissenschaftlich verwertbare Erkenntnisse ziehen, aber ob der hierzu betriebene Zusatzaufwand gerechtfertigt sei, sei zu bezweifeln. Zudem blieben Ausgründungen für die Wissenschaft ebenso irrelevant wie Publikationen für den Unternehmenserfolg.

Im zweiten Teil des Workshops rückten die Organisationen und die Organisierbarkeit des Wissenstransfers ins Zentrum. Anke Borcharding (WZB) unterzog staatliche Förderprogramme für Ausgründer und Ausgründungen einer kritischen Betrachtung. Im Ergebnis zeige sich anhand der Auswertung von Interviews mit Preisträgern aus zwei BMBF-Programmen, dass öffentliche Förderung nicht unbedingt gezielt wirkte. Die Förderung von Grundlagenforschung könne zu Ausgründungen führen, und der Versuch, Ausgründungen „herbeizufördern“, zeige nicht die gewünschten Ergebnisse. Fördermaßnahmen würden aber gerne angenom-